

GROSSER RAT

Sitzung vom 30.06.2026, Art. Nr. 2026-0578, romm/al

PROTOKOLL

(26.117-1) Gesundheitsgesetz (GesG); Änderung; Bericht und Entwurf zur 1. Beratung; Eintreten, Detailberatung und Gesamtabstimmung

Der Rat behandelt die regierungsrätliche Vorlage vom 1. April 2026 samt den Anträgen der Kommission für Gesundheit und Sozialwesen (GSW), denen der Regierungsrat zustimmt. Die GSW beantragt Eintreten und Beschlussfassung gemäss ihren Anträgen.

Eintreten

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Gesundheitsgesetz (GesG); Änderung (gemäss Kommissionssynopse)

I.

§ 36 Abs. 1 lit. a

Zustimmung

§ 36 Abs. 1 lit. b

Zustimmung

Tobias Hottiger, Zofingen, stellt folgenden Prüfungsantrag zu § 36 Abs. 1 lit. b: "Der Regierungsrat wird gebeten, auf die 2. Lesung hin darzulegen, inwieweit die Aufnahme des Begriffs "Wiedereingliederung" in das Gesetz eine Grundlage für neue finanzielle Unterstützungsleistungen zugunsten von Suchtbetroffenen schafft bzw. mit zusätzlichen Kostenfolgen verbunden sein könnte. Ferner ist aufzuzeigen, in welchem Verhältnis diese Bestimmung zur bereits im Betreuungsgesetz verankerten Unterstützung von Menschen in sozialen Notlagen steht und inwiefern sie diese ergänzt oder erweitert."

Im Anschluss an die Diskussion zieht Dr. Tobias Hottiger den Prüfungsantrag zurück.

§ 36 Abs. 1 lit. c

Zustimmung

Es liegt ein Prüfungsantrag der Kommission GSW vor (vgl. Seite 2 der Synopse). Der Regierungsrat stimmt zu.

Zustimmung

§ 36 Abs. 2

Es liegt ein Änderungsantrag der Kommission GSW für eine Ergänzung vor: "..., sowie die Schadensminderung." (vgl. Seite 3 der Synopse). Der Regierungsrat stimmt zu.

Zustimmung

§ 36 Abs. 3

Zustimmung

II. Keine Fremdänderungen, III. Keine Fremdaufhebungen, IV.

Zustimmung

Anträge gemäss Botschaft

Der Antrag gemäss Botschaft wird in der Gesamtabstimmung mit 131 gegen 3 Stimmen gutgeheissen.

Beschluss

Der Entwurf einer Änderung des Gesundheitsgesetzes (GesG) wird – wie aus den Beratungen hervorgegangen – in 1. Beratung zum Beschluss erhoben.

Urs Plüss
Präsident

Rahel Ommerli
Ratssekretärin

Verteiler
Departement Gesundheit und Soziales
Rechtsdienst Regierungsrat (Publikation)